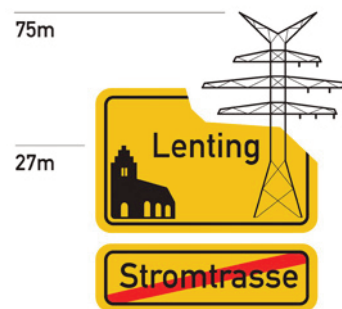


# Bürgerinitiative Lenting NEIN - zur Stromtrasse JA - zur Energiewende



Netzentwicklungsplan Strom  
Postfach 10 05 72  
10565 Berlin

konsultation@netzentwicklungsplan.de.

28. Februar 2017

**Betreff: O-NEP 2030, Version 2017, 1. Entwurf**

**Stellungnahme der "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA – zur Energiewende" zum Off Shore-Netzentwicklungsplan 2030, Version 2017, 1. Entwurf.**

Die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende" lehnt den vorliegenden Off Shore-Netzentwicklungsplan ab, weil er nach wie vor nur den Interessen der vier Netzübertragungsbetreiber entspricht, ohne ein alternatives Szenario erstellt wurde und wieder keine belastbare Berechnung für die Notwendigkeit der HGÜ-Leitungen vorlegt.

Der geplante Bau der HGÜ-Leitungen ist u. E. für die Stromversorgung nicht erforderlich. Weder über noch unter der Erde. Der Strombedarf des Nordens wird durch die Stromerzeugung der Off Shore-Anlagen bei weitem nicht erreicht. Der Norden benötigt zusätzliche Stromlieferungen aus anderen Quellen. Insofern sind auch keine HGÜ-Leitung für die Versorgung des Südens mit diesem Strom notwendig. Ausserdem wäre dies auch garnicht möglich, da zwischen den Anfangs- und Endpunkten (z. B. der Trasse D) keinerlei Einspeisungspunkte in die dezentralen Verteilnetze des Südens vorgesehen sind. Der Strom würde also nur durchgeleitet werden.

Die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende" stellt zudem fest, dass die Ergebnisse aller bisherigen Konsultationen keinerlei Lösungsvorschläge der Bürger enthalten. Die so gelobte Bürgerbeteiligung ist vielmehr nicht mehr als ein Feigenblatt für die schamlosen Interessen der Übertragungsnetzbetreiber. Die Abkehr von den Netzentwicklungsplänen (NEP) hin zu den Flächenentwicklungsplänen (FEP) ist das politische Ergebnis der Strategien der Stromlobbyisten. Es ist ihnen damit gelungen, die Verfahren noch intransparenter und bürgerfeindlicher zu gestalten. Die immer wieder ins Feld geführte notwendige Akzeptanz der Bürger kann unter vorgenannten Umständen nicht erreicht werden.

Die Übertragungsnetzbetreiber versteifen sich auf "das Netz der Zukunft", ohne den Beweis für dessen Notwendigkeit zu erbringen. Rund 86% der Bürger wünschen sich eine dezentrale Energiewende mit einer Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen. Die vorliegende Planung von HGÜ-Leitungen negiert diesen Wunsch. Der Bau der HGÜ-Leitungen ist der Totengräber der Energiewende. Diese Leitungen dienen alleine dem langfristigen Weiterbetrieb von Kohle- sowie Atomkraftwerken und mit der Durchleitung dieses Stromes dem internationalen Stromhandel.

Die deutsche Stromversorgung ist schon heute mehr als gesichert, das hat der vergangene Winter mit seinen Wind- und Sonneflauten eindrucksvoll bewiesen. Deutschland hat Frankreich temporär überdurchschnittlich mit Strom ausgeholfen und dennoch erneut eine rekordverdächtige Exportbilanz hingelegt.

Von den dadurch erzielten massiven Exportgewinnen spürt übrigens der Haushaltsstromverbraucher nichts! Dies zeigt, dass die HGÜ-Leitungen alleine finanzpolitischen Aspekten dienen und nicht der Stromversorgung (. . . mit Strom aus dem Norden für den Süden . . .).

Da sämtliche Kosten für dieses Projekt gegen ihren Willen vorwiegend von den Haushaltsstromkunden übernommen werden müssen, ihnen jedoch keinerlei Mitspracherechte eingeräumt werden, kommt dies einer anhaltenden

Enteignung gleich. Damit liegt ein Verstoß gegen das Eigentumsrecht vor, der von der "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende" auf das Schärfste verurteilt wird.

Es geht hier vorrangig nicht um die Energiewende, sondern um ein knallhartes Finanzgeschäft. Dies zeigen die überdimensionierten und nicht marktkonformen Zinserträge für Investitionen in die HGÜ-Leitungen, mit denen vor allem Versicherungsunternehmen etc. die Sanierung ihrer maroden Finanzsituation ermöglicht wird.

Während die Strompreise an der Strombörse ständig sinken, wird die Abschöpfung der Bürger mit künstlichen Mechanismen (EEG, Zertifikate usw.) ständig ausgeweitet. Die Bürger haben durch die einseitige Verfolgung der Übertragungsnetzbetreiber, der Bundesnetzagentur und dem Wirtschaftsministerium als dessen Dienstherr, die HGÜ-Trassen gegen alle Widerstände durchzusetzen, nur Nachteile. Der deutsche Haushaltsstrompreis ist der zweithöchste in Europa und wird mit dem Bau der HGÜ-Leitungen noch weiter steigen. Und zwar drastisch und nachhaltig. Zudem sind die ökologischen und ökonomischen Folgen von unnötigen HGÜ-Trassen verheerend. Äußerungen politischer Mandatsträger, es handele sich nur um Belastungen im Cent-Bereich sind zynisch. Die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende" lehnt diesen Off Shore-NEP auch aus diesem Grund ab.

Zusätzlich weisen darauf hin, dass die unkorrekte Durchführung der Netzplanung Völkerrecht verletzt. Das Verfahren wird damit widerrechtlich durchgeführt. Siehe dazu den Link zur „Stellungnahme zum Umweltrechtsbehelfsgesetz“ von Frau Rechtsanwältin Dr. Roda V [REDACTED], beauftragt von der Aarhus Konvention Initiative. [REDACTED]

Grundsätzlich befürwortet die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende" alle Ausbaupläne zur regenerativen Energieerzeugung, fordert jedoch mehr Initiativen zur Speichertechnologie, zur Energieumwandlung (Power to Gas) und vor allem zum Ausbau des dezentralen Verteilnetzes, dort wo es nötig ist. Wir befürworten die Stromerzeugung aus Gas als Übergangslösung.

Wir fordern

- die Abschaffung der Preisvorteile für Industriestromkunden,
- die Geltung des EEG für alle Stromkunden und
- eine zeitgemäße Novellierung des EEG

mit der Zielsetzung, den inflationären Strompreissteigerungen ein Ende zu bereiten.

Mit der Abkehr der energiewendefeindlichen Gesetzgebung zugunsten überdimensionierter und unnötiger HGÜ-Trassen sowie von Restriktionen bei der Windnutzung und stattdessen der Förderung neuer Speicher- und Stromerzeugungstechnologien erübrigen sich sämtliche Verfahren der Übertragungsnetzbetreiber und diese sich selbst. Es ist ohnehin nicht nachzuvollziehen, dass deutsche Bürger ausländische Beteiligungen an den Übertragungsnetzbetreibern finanzieren.

Von der Liberalisierung des Strommarktes durch das Aufbrechen des früheren Monopolsystems Strom kann heute nicht mehr die Rede sein. Das Gegenteil ist eingetreten. Es gibt ein Diktat der Stromlobby.

Auch das ist ein Grund, den vorliegenden O-NEP abzulehnen.

Schließlich könnten durch eine schnellere Abkehr von der Kohle- und Atomstromerzeugung, der Annullierung der HGÜ-Planung und der Beschleunigung der echten, dezentralen Energiewende mit Stromerzeugung aus regenerativen Energien die Klimaziele der Bunderepublik Deutschland wesentlich schneller erreicht werden.

Einverständniserklärung:

Die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende" ist ausdrücklich damit einverstanden, dass die Stellungnahme online veröffentlicht wird. Sie bezieht sich sowohl auf Allgemeine Hinweise zum Thema Netzausbau durch HGÜ-Trassen als auch auf die Süd-Ost-Verbindung DC 5 HGÜ-Verbindung Sachsen-Anhalt – Bayern und weiterhin auf die Aufrüstung der Wechselstromleitungen: P44 (Schalkau-Coburg-Haßberge-Grafenrheinfeld), P44 mod (Schalkau-Coburg-Redwitz) und P53.

Für die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende"

Johanna Zieglmeier

[REDACTED]

Hermann Haury

[REDACTED]

Peter Winter

[REDACTED]